



Thomas Rauschenbach  
Stefan Borrmann (Hrsg.)

# Herausforderungen des Jugendalters

**BELTZ** JUVENTA

Thomas Rauschenbach | Stefan Borrmann (Hrsg.)  
Herausforderungen des Jugendalters



Thomas Rauschenbach |  
Stefan Borrmann (Hrsg.)

# Herausforderungen des Jugendalters

**BELTZ** JUVENTA

## Die Herausgeber

Stefan Borrmann, Prof. Dr. phil., Jg. 1974, ist Professor für internationale Sozialarbeitsforschung und Dekan der Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in Theorien Sozialer Arbeit, der Wissenschaft Sozialer Arbeit, Internationaler Aspekte Sozialer Arbeit sowie Jugend- und Jugendarbeit. E-Mail: stefan.borrmann@haw-landshut.de

Thomas Rauschenbach, Prof. Dr. rer. soc., Jg. 1952, ist Vorstandsvorsitzender und Direktor des Deutschen Jugendinstitutes und Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dortmund. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bildung im Kindes- und Jugendalter, Kinder- und Jugendarbeit, Ganztagschulen, soziale Berufe (Ausbildung und Arbeitsmarkt), Ehrenamt, Freiwilligendienste, Theorie der Sozialen Arbeit, Verbändeforschung, Dritter Sektor, Kinder- und Jugendhilfestatistik. E-Mail: rauschenbach@dji.de

## Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2013 Beltz Juventa · Weinheim und Basel

[www.beltz.de](http://www.beltz.de) · [www.juventa.de](http://www.juventa.de)

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza

Printed in Germany

ISBN 978-3-7799-5162-9

# Inhalt

Einleitung	7
<i>Wolfgang Gaiser, Winfried Krüger, Johann de Rijke</i> Jugend und Politik	11
<i>Wilfried Ferchhoff</i> Jugend und Jugendkulturen	44
<i>Matthias D. Witte, Yvonne Niekrenz, Uwe Sander</i> Jugend und Globalisierung	69
<i>Mirja Lange</i> Jugend und Freizeit	101
<i>Nadia Kutscher</i> Jugend und Medien	118
<i>Uwe Sielert</i> Jugend und Sexualität	139
<i>Lotte Rose</i> Jugend und Geschlecht	159
<i>Stephan Sting</i> Jugend und Gesundheit	177
<i>Friedrich Schweitzer</i> Jugend und Religion	198
<i>Christoph Butterwegge</i> Jugend und Armut	219
Die Autorinnen und Autoren	235



# Einleitung

Seit von einem eigenständigen Jugendalter die Rede ist, hat sich die Aufmerksamkeit auch immer wieder auf die damit verbundenen Herausforderungen gerichtet, denen Jugendliche gegenüber stehen. Diese rücken vor allem dann ins Blickfeld, wenn etwas schief geht, wenn Jugendliche mit den an sie herangetragenen Herausforderungen nicht klar kommen, wenn sie daran scheitern. Ist dies der Fall, so gibt es eine Vielzahl an Akteuren aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen (von der Polizei über die Schule bis zur Sozialen Arbeit), die versuchen, gemeinsam mit den Jugendlichen, die entstandenen Probleme zu bearbeiten und zu lösen. Es sind zualererst die Probleme, mit denen Jugendliche attribuiert werden, sie werden zum Thema, über sie wird geredet.

Dieser Band möchte einen Schritt zurücktreten und stattdessen einen Blick auf die aktuellen Themen des Jugendalters, auf die Herausforderungen selbst werfen. Genauer: Der Band rückt die Herausforderungen in den Mittelpunkt, mit denen Heranwachsende im Jugendalter konfrontiert sind, zu denen Jugendliche heutzutage *selbst* ein Verhältnis entwickeln müssen und die so Jugend als eine typische Lebensphase kennzeichnen und prägen. Das Buch rückt demzufolge nicht die Probleme von Jugendlichen bei der Auseinandersetzung mit den an sie herangetragenen Herausforderungen in den Vordergrund, sondern thematisiert die Herausforderungen selbst. Entsprechend gliedert sich auch dieser Band.

In einem ersten Beitrag zeigen *Wolfgang Gaiser*, *Winfried Krüger* und *Johann de Rijke* die verschiedenen Facetten des Feldes Jugend und Politik auf. Sie befassen sich dazu mit der subjektiven Bedeutung, die Politik für Jugendliche hat, mit den politischen Einstellungen Jugendlicher, dem Wahlverhalten und dem großen Feld der politischen Partizipation.

Im zweiten Beitrag zeigt *Wilfried Ferchhoff* anhand der Auseinandersetzung mit Jugend und Jugendkulturen, dass sich u.a. Generationenverhältnisse wandeln und damit ehemals starre Rollen verschieben. Das Jugendalter wird in der Gesellschaft ambivalent betrachtet. Wie eingangs angeführt, wandert der Blick oft hin zu den Problemen und zu den Jugendlichen, die an diesen Herausforderungen zu scheitern drohen, während gleichzeitig Jugendlichkeit als Zielvorstellung und als Metapher altersgruppenübergreifend positiv konnotiert wird. Eine in dem Beitrag von *Ferchhoff* konstatierte Verjünglichung der Gesellschaft hat dann auch konkrete Auswirkungen

auf vormals autonom gebildete Jugendkulturen, die lange Zeit versucht haben, sich dem Zugriff durch Erwachsene zu entziehen. Jugendkulturen werden so zu Trendsettern.

Der folgende Beitrag des Buches von *Matthias D. Witte, Yvonne Niekrenz und Uwe Sander* erweitert diese Bedingungen des Aufwachsens und damit auch die Bedingungen, wie Jugendliche mit den sich ihnen stellenden Herausforderungen umgehen, um die Dimension der Globalisierung. In dem Beitrag wird aufgezeigt, dass Jugendliche nicht nur passiv von den Auswirkungen der Globalisierung in verschiedenen Bereichen betroffen sind, sondern dass sie diese auch aktiv in globalisierten Kommunikations-, Konsum- und Jugendkulturen mitgestalten. Zugleich sind Jugendliche jedoch von Globalisierungsprozessen in höchst unterschiedlicher Weise betroffen und die Herausforderungen an Jugendliche in westlich-industrialisierten Ländern lassen sich nicht einfach auf Jugendliche aus anderen Ländern übertragen. Am Beispiel von Jugend und Bildung in einer globalisierten Welt zeigen *Witte, Niekrenz und Sander*, dass die Diskussion über Jugend und Globalisierung ins Leere läuft, wenn sie nicht zugleich den Blick auf die notwendigen Kompetenzen von Jugendlichen zur Orientierung in einer globalisierten Welt richten.

Der Beitrag von *Mirja Lange* greift ein viertes wichtiges Thema des Jugendalters auf, das zugleich auch die Voraussetzung für diese selbstständige Auseinandersetzung von Jugendlichen mit den dann folgenden Themen ist. Es geht um Jugend und Freizeit. *Mirja Lange* erläutert u.a. anhand von Zeitbudget- und anderen Jugendstudien, wie viel Zeit Jugendliche für sich selbst und ihre Vorlieben zur Verfügung haben. Freizeit wird dabei verknüpft mit den Begriffen der Selbstbestimmung und Emanzipation, mit einer positiven gedanklichen Setzung. Am Beispiel der Jugendarbeit zeigt *Lange*, welche Implikationen der aktuelle Umgang von Jugendlichen mit Freizeit auch für einen institutionellen Bereich hat, der als zentrale Merkmale der eigenen Arbeit ebenfalls die Bezüge zur Selbstbestimmung und Emanzipation von Jugendlichen betont.

Der fünfte Beitrag handelt von einem Thema, das den Blick auf „die Jugend“ seit dem Entstehen der Jugendphase begleitet. Es geht um das komplexe Zusammenspiel von Jugend und Medien sowie den Umgang von Jugendlichen mit den aktuell von ihnen genutzten Medien. *Nadia Kutscher* führt dazu weiterhin in die zentralen Entwicklungs- und Handlungsaufgaben im Jugendalter ein und beleuchtet die Bildungsaspekte mit Bezug auf Mediennutzung und Aneignung. Abschließen tut der Beitrag mit den spezifischen Herausforderungen von Jugendlichen im Kontext von unterschiedlicher Mediennutzung.

Mit Jugend und Sexualität befasst sich *Uwe Sielert* in einem weiteren Beitrag. Ein Thema, das oft ähnlich aufgeregt diskutiert wird, wie die Frage

des Umgangs Jugendlicher mit Medien. Zu Beginn zeichnet *Uwe Sielert* nach, mit welchen allgemeinen Themen sich Jugendliche im Bereich der Sexualität befassen und inwieweit sich Wert- und Normvorstellungen im Laufe der letzten Jahrzehnte gewandelt haben. Anhand der nachfolgenden Abschnitte wird deutlich, was auch bei vielen anderen Herausforderungen des Jugendalters auffällt. Meist sind dies gar keine jugendspezifischen Themen, sondern Themen, mit denen sich Erwachsene ebenfalls auseinandersetzen müssen. Themen wie sexuelle Grenzüberschreitungen, aushandelbare Geschlechterverhältnisse, interkulturelle Aspekte oder das Verhältnis von Medien und Sexualität sind eben nicht auf das Jugendalter beschränkt. Die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit diesen Themen erfolgt jedoch in einer spezifischen Weise und wird zugleich von anderen Akteuren der Gesellschaft eher skeptisch beobachtet. Jugendlichem Verhalten wird bei diesem Thema fast so etwas wie die Rolle von Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen zugeschrieben.

Einen ähnlichen Bezug stellt *Lotte Rose* in ihrem Beitrag her. Sie zeichnet nach, wie Jugendliche ihre eigene Geschlechtlichkeit entwickeln und sich dabei an medialen Skripten orientieren. Zugleich verknüpft sie die Aspekte des „doing gender“ mit Aspekten des „doing youth“. Da die Entwicklung einer eigenen Geschlechtsidentität im Jugendalter mit der Überwindung einer kindlichen Asexualität zusammenhängt, ist diese eng verwoben mit dem Übergang ins Jugendalter.

Auch der Blick auf das Thema Jugend und Gesundheit zeigt, dass sich die Ausprägungen der Herausforderungen im Laufe der letzten Jahrzehnte für Jugendliche gewandelt haben und sie daher in der Bewältigung dieser Herausforderungen neue Wege gehen müssen. *Stephan Sting* zeichnet in seinem Beitrag nach, dass Jugendgesundheit heutzutage nur im Kontext des sich wandelnden gesellschaftlichen Gesundheitsverständnisses verstanden werden kann. Zwei zentrale Wandlungsprozesse werden von ihm benannt: zum einen, dass Gesundheit nicht mehr länger nur ein Thema für medizinische Expertinnen und Experten ist, sondern von den Betroffenen selbst als dynamischer Prozess gestaltet wird; zum anderen, dass es einen Wandel hin zu einer somatischen Kultur gibt und damit einer neuen körperlichen Dimension im Gesundheitsverständnis. Für Jugendliche in ihrer Lebensphase ist beides hochrelevant, weil Körper und Gesundheit ohnehin zentrale Merkmale dieser Phase sind. Die Konsequenz ist für Jugendliche, dass Körperlichkeit und Gesundheit noch stärker als früher zur Identitätsarbeit von Jugendlichen freigesetzt werden. In Anbetracht problematischer körperbezogener Praktiken von Jugendlichen ist dieser Blick auf den Körper als einer „formbaren Masse“ eine weitere zentrale neue Herausforderung des Jugendalters.

Der Beitrag über Jugend und Religion von *Friedrich Schweitzer* verschiebt den Akzent der bisherigen Artikel dieses Bandes etwas stärker in Richtung einer Verhältnisbestimmung. So geht es hier weniger um die Frage, wie Jugendliche sich mit Religion befassen, sondern vielmehr darum, welches Verhältnis Jugend und Religion zueinander haben. *Schweitzer* zeigt, dass Religion nach wie vor für Jugendliche eine zentrale Dimension in ihrer Entwicklung und in darauf abzielenden Bildungs- und Erziehungsangeboten besitzt.

Dass Jugendliche, je nach sozialer Herkunft, nicht die gleichen Entwicklungschancen haben und sich damit auch die Herausforderungen, die sich ihnen stellen, unterschiedlich ausgeprägt sind, greift *Christoph Butterwege* in seinem Beitrag über Jugend und Armut auf. Deutlich wird dabei, dass die sozioökonomisch extrem unterschiedlichen Bedingungen von Jugendlichen auch ihre Möglichkeiten, sich den anderen geschilderten Herausforderungen zu stellen, stark beeinflussen.

Bei den in diesem Buch abgedruckten Beiträgen handelt es sich um eine Auswahl aus bislang in der *Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online* ([www.erzwissonline.de](http://www.erzwissonline.de)) im Fachgebiet *Jugend und Jugendarbeit* veröffentlichten Artikeln. Die aus thematischen Gründen ausgewählten Beiträge wurden für diesen Anlass überarbeitet und in Teilen gekürzt. Sie finden sich alle im Kontext der bislang vorliegenden Beiträge der Online-Enzyklopädie, die auch in den nächsten Jahren kontinuierlich fortgeschrieben und aktualisiert wird.

Das Themengebiet Jugend und Jugendarbeit wird von den Herausgebern dieses Bandes verantwortet und betreut. Anliegen dieses Bandes ist es, ein Teilthema der EEO, die Herausforderungen des Jugendalters, inhaltlich noch stärker zu bündeln und in einer komprimierten Fassung publik zu machen. Wir danken den Autorinnen und Autoren für ihre Bereitschaft, die Beiträge im Bedarfsfalle nochmals zu kürzen und zu aktualisieren. Unser Dank gilt auch dem Verlag, der mit diesem Band das EEO-Projekt um eine weitere Variante bereichert. Und bedanken möchten wir uns auch bei Laura Eras, die uns bei der redaktionellen Betreuung tatkräftig unterstützt hat.

München und Landshut, im Juli 2013

Prof. Dr. Stefan Borrmann

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

## Jugend und Politik

### 1. Jugend und Politik heute

Jugend und Politik 2013 – dabei denkt man an Probleme von Ausbildung, Berufsfindung und Arbeitslosigkeit, die zwischen den Ländern stark variieren, aber auch an politische Aktivitäten und Austausch über Ländergrenzen hinweg sowie an Demonstrationen in europäischen Großstädten. Anlässe hierfür sind soziale Fragen, Kritik an Maßnahmen der Regierung (etwa in Spanien oder Griechenland) oder am Bankensystem („occupy“-Bewegung) oder vehemente, öffentlich wirksame Aktionen gegen „Acta“ („Anti-Counterfeiting Trade Agreement“) durch eine „Generation Internet“. Solche Ereignisse werden in der Presse immer wieder mit plausiblen, aber nur wenig auf gesellschaftliche Zusammenhänge abhebende Erklärungen berichtet. Eine weiter reichende Frage ist deshalb die, welche Einstellungen zur Politik allgemein, zur Demokratie und zum politischen Handeln es bei Jugendlichen in Deutschland und in der Europäischen Gemeinschaft gibt.

Hierauf versucht dieser Beitrag Antworten zu geben. Er geht zunächst auf die Bedeutung und das Interesse ein, welches Jugendliche und junge Erwachsene der Politik in ihrem Leben einräumen (Abschnitt 2). Sodann werden die Akzeptanz des politischen Systems insgesamt sowie die spezifischen Einstellungen gegenüber den politischen Institutionen und den Akteuren analysiert. Als Infragestellung grundlegender Freiheits- und Gleichheitsrechte dieser Gesellschaft werden hier auch Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit behandelt (Abschnitt 3). Der breiten Palette partizipatorischer politischer Verhaltensweisen ist der 4. Abschnitt gewidmet. Diese reicht von der Wahl als konventioneller Beteiligungsform bis zum Protest, zur Demonstrationsteilnahme oder auch zum Konsumboykott als Formen eher unkonventioneller Partizipation. Kursorisch wird hier zudem der Nutzung sozialer Medien für jugendliches Engagement auf der technischen Grundlage des Internets nachgegangen. Das Wahlverhalten als Inbegriff demokratischer Beteiligung, das vor allem auch bei Erst- und Zweitwählern als Indikator für politisches Interesse bzw. Desinteresse öffentliche Aufmerksamkeit findet, wird im 5. Abschnitt analysiert. Auf Jugend und

Politik in europäischer Perspektive wird im 6. Abschnitt eingegangen. Abschließend werden einige Überlegungen formuliert, wie Gesellschaft und Politik auf das erkennbare besondere Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik eingehen könnten.

Grundlage der Analysen sind die Daten verschiedener empirischer Untersuchungen. In erster Linie sind dies der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts sowie der DJI-Survey AID:A.<sup>1</sup> Außerdem werden Ergebnisse der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) genutzt.<sup>2</sup> Soweit ergiebig werden auch die Shell-Jugendstudie (Shell Deutschland Holding 2010) herangezogen sowie verschiedene jugendbezogenen Erhebungen der Europäischen Kommission. Die Anlage dieser Untersuchungen erlaubt es, Aussagen über Entwicklungen im Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zur Politik in den letzten zwei Jahrzehnten zu machen. Neben den üblichen Einflussfaktoren Alter, Bildung und Geschlecht wird im 2. und 3. Abschnitt der Einfluss betrachtet, der möglicherweise damit verbunden ist, dass jemand in den sogenannten neuen bzw. alten Bundesländern aufgewachsen ist.

## 2. Die subjektive Bedeutung von Politik

Zu den subjektiven Dispositionen junger Menschen, die das Ausmaß ihrer politischen Involvierung, d.h. ihrer Hinwendung bzw. ihrer Distanz zur Politik beschreiben, gehört zum einen die Wertschätzung von Politik in Relation zur Wichtigkeit von anderen Lebensbereichen, zum anderen das

- 
- 1 Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sowie der DJI-Survey AID:A 2009 „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (kurz AID:A) sind große replikative Forschungsprojekte, die im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI durchgeführt werden (Projekthomepage: [www.dji.de/jugendsurvey](http://www.dji.de/jugendsurvey) und [www.dji.de/aida](http://www.dji.de/aida)). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung im Rahmen der Finanzierung des DJI. In den ersten beiden Wellen des DJI-Jugendsurvey, die 1992 und 1997 im Feld waren, wurden jeweils ca. 7.000 16- bis 29-jährige deutsche Personen befragt (Hoffmann-Lange 1995; Gille/Krüger 2000), in der dritten Welle 2003 ca. 9.100 12- bis 29-Jährige mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Im DJI-Survey AID:A 2009 wurden aus 25.000 Haushalten alle Altersgruppen zwischen Null und 55 Jahren befragt, 7.689 Personen in der Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren (vgl. zu AID:A [www.dji.de/aida](http://www.dji.de/aida)).
  - 2 Mit der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wird seit 1980 alle zwei Jahre ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung über Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur mit einem teils konstanten, teils variablen Fragenprogramm befragt (vgl. [www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragen/daten/allbus](http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragen/daten/allbus)).

politische Interesse. Ein solches Interesse, das die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Belangen meint, damit also eher kognitive Aspekte der politischen Involvierung betrifft, gilt als eine wichtige Voraussetzung für politisches Engagement. Beide Aspekte der politischen Involvierung, die Wichtigkeit des Lebensbereichs Politik sowie das politische Interesse, sollen in diesem Abschnitt in ihrer Bedeutung bei 16- bis 29-Jährigen seit Beginn der 1990er Jahre dargestellt werden. Gibt es Tendenzen eines Rückzugs junger Menschen von der Politik? Welche Rolle spielen soziodemographische Faktoren wie Gender, Bildungsniveau und Zugehörigkeit zu West- oder Ostdeutschland?

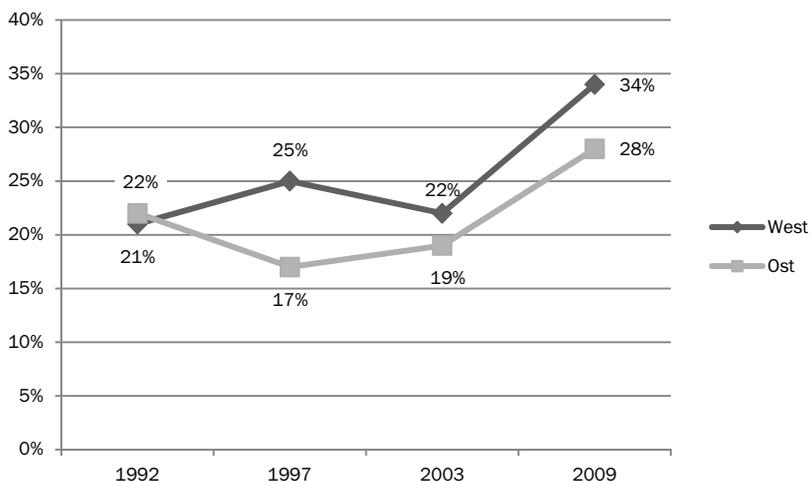
Die Bedeutsamkeit von Politik im Kontext privater Bereiche sowie von Schule und Ausbildung ist für junge Menschen peripher. Politik gehört neben Kunst und Kultur sowie Religion zu den am wenigsten bedeutsamen Lebensbereichen für junge Menschen, so die Ergebnisse des DJI-Jugend-survey sowie des DJI-Survey AID:A „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ für den Zeitraum von 1992 bis 2009 (vgl. Gaiser u.a. 2011). Der niedrige Stellenwert des Lebensbereichs Politik, vor allem gegenüber Familie, Freundeskreis und Beruf, hat sich in diesem Zeitraum kaum verändert. Ein grundsätzlicher Einflussfaktor für die Bedeutung des Lebensbereichs Politik ist das Bildungsniveau. Jugendliche und junge Erwachsene mit höheren Bildungsabschlüssen schreiben dem Lebensbereich Politik mehr Bedeutung zu als diejenigen mit niedrigeren Bildungsqualifikationen, ebenso wie männliche Jugendliche im Vergleich zu weiblichen.

Das politische Interesse ist ein wesentlicher Hinweis darauf, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird in repräsentativen Bevölkerungsumfragen seit Beginn der 1950er Jahre durch die Frage erfasst „Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?“. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, immer wieder und vor allem in den jüngeren Altersgruppen bemerkenswert dynamisch verändert (vgl. Gaiser u.a. 2006; Hoffmann-Lange u. Gille 2008). Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war das politische Interesse am höchsten. Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen.

Die Entwicklung des politischen Interesses zeigt, dass nur zu Beginn der 1990er Jahre das Niveau bei west- und ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gleich hoch war (vgl. Abbildung 1). In den folgenden zwei Jahrzehnten werden Schwankungen erkennbar, wobei das politische Interesse der jungen Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern immer geringer ist als bei der westdeutschen Vergleichsgruppe. Auch in der

16. Shell Jugendstudie wird ein Anstieg des politischen Interesses bei 12- bis 25-Jährigen zwischen 2006 und 2010 konstatiert.

**Abbildung 1: Politisches Interesse nach alte Bundesländer (West) und neue Bundesländer (Ost), 16- bis 29-Jährige (in %), 1992 bis 2009**

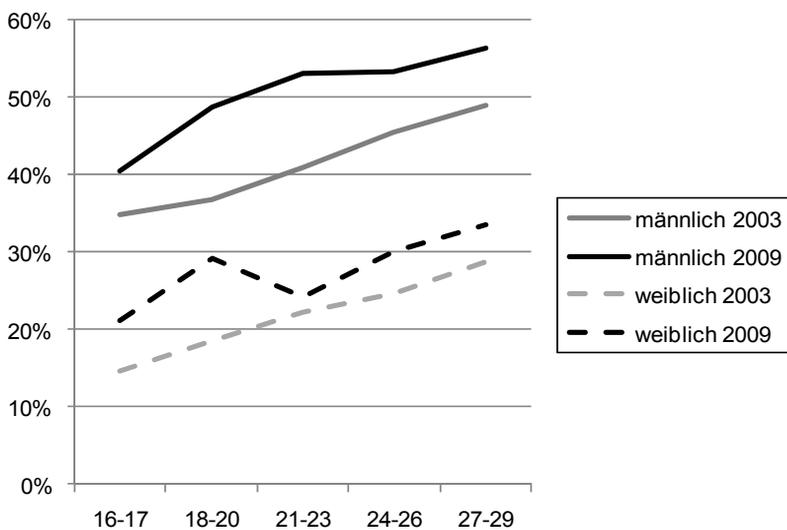


Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Antwortkategorien: sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht. Für die Darstellung sind die Kategorien „sehr stark“ und „stark“ zusammengefasst. West+Ost: Für 1992, 1997 und 2003 West=Alte Bundesländer und West-Berlin, Ost=Neue Bundesländer und Ost-Berlin; 2009: West=Alte Bundesländer und Berlin, Ost=Neue Bundesländer.

Beim Thema Jugend und Politik geht es auch um Fragen der Alterseffekte in der Jugendphase, um den Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit und des Bildungsniveaus. Aufmerksamkeit für politische Belange zu entwickeln, setzt eine gewisse Lebenserfahrung voraus. Die jüngeren Altersgruppen haben ein deutlich geringeres politisches Interesse als die älteren. Die generell geringere politische Interessiertheit der jüngeren Altersgruppen kann darauf zurückgeführt werden, dass das Verständnis für Politik das Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist, in dessen Verlauf Jugendliche sich Wissen aneignen, zunehmend in öffentliche Räume hineinwachsen und schließlich Verantwortungsrollen im familiären, beruflichen und öffentlichen Bereich übernehmen. Zudem begünstigt eine längere Bildungsphase, also der Erwerb einer höheren formalen Bildung, die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber der Politik. Politisches Interesse und Bildungsniveau hängen deshalb eng miteinander zusammen: Der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einem starken politischen Interesse ist bei denjenigen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur am größten und bei denjenigen mit Hauptschulabschluss und ohne Abschluss am kleinsten.

In Abbildung 2 ist das politische Interesse in Abhängigkeit vom Alter der Befragten dargestellt (wobei hier nur diejenigen Befragten berücksichtigt wurden, die das Abitur bzw. die FH-Reife anstreben bzw. erworben haben). Überraschend ist, dass das gestiegene Bildungsniveau junger Frauen nicht zu einer Annäherung der politischen Interessiertheit von jungen Frauen und Männern führt. Zwar hat die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten zu einer Erhöhung des Niveaus an politischer Interessiertheit in der Bevölkerung geführt und generell unterstützen qualifizierte Bildungswege die Aufgeschlossenheit gegenüber Politik, aber diese Faktoren tragen offensichtlich eher zu einer verstärkten politischen Involvierung von Männern als von Frauen bei (vgl. Westle 2009). Trotz der Angleichung des Bildungsniveaus zwischen den Geschlechtern und des Wandels der Frauenrolle liegt das explizit geäußerte politische Interesse der Mädchen und jungen Frauen nach wie vor deutlich unter dem der jungen Männer.

**Abbildung 2: Höchste Bildungsgruppe (FH-Reife/Abitur):  
Sehr starkes/starkes politisches Interesse nach Altersgruppen  
und Geschlecht (in %), 2003 und 2009**



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003 und AID:A-DJI-Survey 2009; 16- bis 29-Jährige

In der Shell-Jugendstudie 2010 findet man vergleichbare Hinweise auf die Entwicklung politischer Einstellungen. Der Beobachtungszeitraum für die Shell-Studien erstreckt sich über acht Jahre mit den Studien von 2002, 2006 und 2010. Befragt wird in der Regel die Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen, bei bestimmten Fragestellungen allerdings nur die 15- bis 25-

Jährigen. Nach den Analysen der Shell-Studie ist das politische Interesse im Verlauf der acht Jahre leicht angestiegen (vgl. Shell Deutschland Holding 2010, S. 133). Als Einflussgrößen für das Interesse, das jemand der Politik entgegenbringt, werden hierbei Alter, Geschlecht, Bildung und, damit vermittelt, die soziale Stellung des Elternhauses, hervorgehoben. Im Querschnitt zeige sich, so wird resümiert, „dass die politische Sozialisation von Jugendlichen maßgeblich auf der Bildung, der Bildungsherkunft und zusätzlich auf dem spezifischen Einfluss des Elternhauses basiert“ (Shell Deutschland Holding 2010, S. 131).

### **3. Politische Einstellungen**

Um Einstellungen zur Politik theoretisch zu konzeptualisieren hat die Politikwissenschaft ein Modell der politischen Kultur und der politischen Unterstützung entwickelt. Vereinfacht formuliert, sind in diesem Modell die Gesamtheit von Einstellungen zum politischen System und seinen Teilen sowie zur Rolle des aktiven Bürgers in diesem System erfasst (z.B. Arzheimer 2002; Fuchs 2007, nach Almond u. Verba 1963).

#### **3.1 Zum Konzept der politischen Kultur**

Politischen Orientierungen sind, entsprechend dem Konzept der politischen Kultur, wichtig als Hintergrund für das Funktionieren eines politischen Systems. Die Orientierungen beziehen sich dabei auf unterschiedliche politische Objekte (politische Gemeinschaft, politische Ordnung, politische Institutionen, Herrschaftsträger) und können nach ihrer Art als allgemein, „diffus“, oder eher „spezifisch“, orientiert an Leistungen, charakterisiert werden (vgl. Westle 2009). In der Kombination dieser Dimensionen lässt sich nun eine theoretische Hierarchie politischer Unterstützung bilden, die von diffuser Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der politischen Ordnung bis zu spezifischer Akzeptanz politischer Autoritäten reicht (Thaidigsmann 2009). Empirisch ist von einer dieser Logik entsprechenden Verteilung der Unterstützung durch die Bevölkerung als hinreichend für das Funktionieren eines demokratischen politischen Systems bzw. der Legitimation eines solchen auszugehen (Diskussion über das Ausmaß und die Qualität der tatsächlichen Unterstützung in der Bevölkerung als Legitimitätsgrund vgl. Patberg 2013; Zürn 2011, 2013). Unabhängig von der normativen Frage, wie stark die positiven Bewertungen für diese ausreichende Unterstützung sein sollen, kann man aus dem Vergleich von Verteilungen der politischen Orientierungen über verschiedene Bevölkerungsgruppen

oder auch Länder sowie unter Berücksichtigung des Zeitverlaufs Hinweise auf unterschiedliche politische Kulturen im obigen Sinne gewinnen.

Es zeigt sich eine Befürwortung des Prinzips der Demokratie bei gleichzeitiger kritischer Bewertung von politischen Institutionen und Personen, der politischen Performanz also. Dies wurde auch als „Lücke zwischen den demokratischen Ansprüchen der Bürger und der wahrgenommenen politischen Realität“ bezeichnet (Patberg 2013, S. 169, basierend auf Norris 2011). Als mögliche Ursachen werden dabei steigende Ansprüche der Bürger an demokratische Institutionen, kritische Berichterstattung über das Handeln von Politikern und Regierungen sowie Performanzdefizite bzw. Kommunikationsdefizite des politischen Systems, wie es die Bürger wahrnehmen, benannt (ebd.). Norris hat den Typus von Bürgern mit diesen Einstellungsstrukturen „critical citizens“ genannt. Er ist auch bei Jugendlichen aufzuweisen (vgl. Gaiser u. a. 2012).

Es lässt sich – auch als Ergebnis der Forschungen über die Jahre hinweg – eine gewisse hierarchische Ordnung von politischen Einstellungsobjekten vom Allgemeinen zum Besonderen feststellen, je nachdem, ob Einstellungen eher diffus oder mehr spezifisch sind (vgl. Arzheimer 2002; Thaidigsmann 2009). Unterschieden werden dabei Einstellungen zu grundlegenden Werten der Demokratie, zur Demokratie als politischem Basisordnungsmodell der Gesellschaft, zum konkreten Funktionieren der Demokratie in der Praxis sowie zum Vertrauen in politische Institutionen und zu den Inhabern politischer Positionen, also zu den Akteuren des politischen Systems. Empirisch ergibt sich dabei vom Allgemeinen hin zu konkreten Objekten des politischen Raums ein Bild, in dem die Zustimmungen der Bürger zumeist abnehmen. Die Demokratie als Herrschaftsmodell findet die breiteste Akzeptanz, geringer ist dann die Zufriedenheit mit der konkreten Praxis der Demokratie. Bei den Institutionen finden mit den Gerichten und der Polizei solche, die nicht unmittelbar mit dem politischen Prozess verbunden werden, ein hohes Vertrauen, geringer ist dies bei den Institutionen der repräsentativen Demokratie, d. h. beim Parlament, der Regierung sowie den Parteien, und am wenigsten Zustimmung finden schließlich Politikerinnen und Politiker als die Akteure des politischen Systems (vgl. Gabriel 2007).

Bei den empirischen Ergebnissen, die sich auf Jugendliche und junge Erwachsene beziehen, findet sich eine Hierarchie ähnlicher Ausprägung (vgl. Gaiser u. a. 2012). Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist eindeutig dominant. Auch wenn man detaillierter nach Grundprinzipien der Demokratie fragt, erhält man hohe Zustimmungswerte, etwa zur Meinungsfreiheit, zur Demonstrationsfreiheit, und auch, wenngleich etwas geringer, bezüglich des Rechts auf politische Opposition, aber auch zur politischen Kompromissbereitschaft, die in einer parlamentarischen Demokratie unverzichtbar ist (vgl. Gaiser u. a. 2009, S. 38f.).

## 3.2 Ost-West-Unterschiede

Von Interesse ist in der Bundesrepublik nach wie vor, inwieweit es Differenzen in den Einstellungen zur Demokratie bei Jugendlichen in den westlichen Bundesländern im Vergleich zu Jugendlichen in den östlichen Bundesländern gibt. Betrachtet man die zuvor aufgeführten Indikatoren, so zeigte sich kurz nach der Wende noch eine Vielzahl an Unterschieden. Differenzen haben sich aber auch erhalten, etwa bei der Bewertung der Politiker und Politikerinnen wie auch bei der Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik insgesamt. Ebenso findet die „Idee des Sozialismus“ im Osten noch nach wie vor eine stärkere Zustimmung: Hier legen die jungen Menschen in den östlichen Bundesländern eine deutliche Bejahung an den Tag. Dass dies insbesondere in der Gruppe der eher Bildungsbenachteiligten der Fall ist, ist ein Problem, das nicht zu unterschätzen ist (vgl. Gaiser u. a. 2009). Unterschiedliche Einstellungen dürften mittlerweile vermutlich weniger unmittelbar politisch veranlasst sein, als vielmehr durch die sozio-ökonomischen Umstände in den neuen Bundesländern und die darauf bezogenen Wahrnehmungen der eigenen Situation. Diese Wahrnehmungen sind immer noch mit einem Gefühl relativer Deprivation der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen verbunden (vgl. Pickel 2006). Die einfach erwartete Lösung einer Angleichung durch die nachfolgende Generation, die von der früheren Gesellschaftsform der DDR nicht mehr geprägt worden ist, hat sich nach vorliegenden Untersuchungsbefunden nicht eingestellt. Eher dürfte erst über die Verbindung von einer Verbesserung der objektiven Umstände, einer darauf aufbauenden positiven Interpretation relativer Gerechtigkeit und der „unsichtbaren Hand der Generationenfolge“ (Falter 2009) eine nachhaltige Annäherung erwartet werden.

Es sollte dabei jedoch auch bedacht werden, dass nicht alle Ost-West-Differenzen so verstanden werden müssen, dass sie beseitigt gehören. Wie das Wahlverhalten, also die dabei zum Ausdruck kommende Verteilung der Stimmen auf die Parteien, das deutliche Ost-West-Unterschiede erkennen lässt, kann man unterschiedliche Einstellungssyndrome auch so verstehen, dass darin unterschiedliche Erwartungen an Politik zum Ausdruck kommen. Dann sind sie für die Politik eher als wichtiger Input für politische Konzepte, für das Kommunizieren und Handeln greifbar und nicht nur als Aufforderung zur Beseitigung oder Verringerung von Unterschieden im Gebiet einer Nation. Dies zeigt sich im Übrigen auch unter einem weiteren Blickwinkel auf andere Länder der EU, in denen mit deutlichen politischen, ökonomischen und auch kulturellen innerstaatlichen Unterschiedlichkeiten sehr wohl demokratisch gelebt wird.

Die Ergebnisse der DJI-Jugendsurvey-Studien zu Einstellungen zur Politik bestätigen sich auch in anderen Studien, wie z. B. durch die des ALLBUS

2008. In dieser Untersuchung, die die Bevölkerung ab 18 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland erfasst, finden sich die fünf im Jugendsurvey verwendeten Konzepte aus der politischen Kulturforschung wieder und zudem fast alle in den gleichen Fragevorgaben. In der folgenden Tabelle werden deshalb die entsprechenden Ergebnisse für die 18- bis 29-Jährigen wiedergegeben.

**Tabelle 1: Einstellungen zur Politik, nach West-Ost, 18- bis 29-Jährige (in %)**

	insgesamt	West	Ost
Zustimmung zur Idee der Demokratie	86	87	82
Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD	64	67	53
Vertrauen in rechtsstaatl. Institutionen	62	62	60
Vertrauen in parteienstaatl. Institutionen	46	47	44
Vertrauen in Politiker	39	40	34

Quelle: ALLBUS 2008

„Bei der folgenden Frage geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die IDEE DER DEMOKRATIE“. Bitte sagen Sie mir anhand der Liste, wie sehr Sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind.“ Antwortvorgaben: „sehr für ...“, „ziemlich für ...“, „etwas für ...“, „etwas gegen ...“, „ziemlich gegen ...“ und „sehr gegen ...“. – „Kommen wir nun zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Wie zufrieden oder wie unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik besteht?“ Antwortvorgaben: „sehr zufrieden“, „ziemlich ...“, „etwas ...“, „etwas unzufrieden“, „ziemlich ...“ und „sehr ...“. – „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“ Bundestag, Bundesregierung und politische Parteien werden hier als „parteienstaatliche Institutionen“, Justiz, Bundesverfassungsgericht und Polizei als „rechtsstaatliche Institutionen“ gebündelt und Mittelwerte über diese Angaben gebildet. Die Einzelitems wurden mit 1 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 7 „sehr großes Vertrauen“ erhoben. – Vertrauen in Politiker: Mittelwert aus „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken“, „Die Politiker bemühen sich im Allgemeinen darum, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten“, Antwortvorgaben „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“, Items so gepolt, dass der Wert das „Vertrauen“ zum Ausdruck bringt. Für die Tabelle wurden alle Skalen der 5 Indices auf 0 bis 1 transformiert und dann die Werte mit 100 multipliziert, so dass sie wie Prozentwerte angesehen werden können.

Es ist deutlich eine Hierarchie positiver Einstellungen zu den verschiedenen Ebenen der Politik zu sehen (vgl. Tabelle 1). Man findet auch hier eine Ost-West-Differenz. Bei einem Vergleich mit den über 29-Jährigen ergeben sich übrigens nur geringfügig andere Werte, insgesamt nämlich etwas geringeres Vertrauen in parteienstaatliche Institutionen und Politiker. Eine deutlich

größere Politikdistanz der Jüngeren gegenüber den Älteren ist nicht vorhanden.

In den Shell-Jugendstudien finden sich ebenfalls Hinweise auf diese Struktur der politischen Einstellungen (vgl. Shell Deutschland Holding 2010). Auch hier wird betont, dass bei der Jugend (hier die 15- bis 25-Jährigen) keine grundsätzliche Distanz zur Demokratie bestehe. Das Vertrauen in Politik und Parteien liegt nach wie vor auf deutlich niedrigerem Niveau als bei anderen gesellschaftlichen Institutionen. Mit etwa ebenso wenig Vertrauen begegnen die Jugendlichen allerdings auch dem Wirtschaftssektor, d.h. großen Unternehmen und Banken, sowie den Kirchen. Ein deutlich größeres und überdurchschnittliches Vertrauen wird staatlichen Institutionen entgegengebracht, die wie Polizei und Gerichte in ihrem Handeln weniger parteipolitisch geprägt sind und idealiter die Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und die freiheitliche und demokratische Grundordnung der BRD gewährleisten. Insbesondere aber die Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen genießen ein hohes Vertrauen (vgl. Shell Deutschland Holding 2010, S. 139ff.).

Zufriedenheit mit der Demokratie wird bei allen sozialen Gruppen festgestellt, der Abstand in der Zufriedenheit zwischen ihnen hat sich sogar etwas verringert (vgl. Shell Deutschland Holding 2010, S. 136ff.). Trotzdem zeigt sich, wie stark die soziale Lage die Demokratiezufriedenheit beeinflusst: Die geringste Demokratiezufriedenheit haben arbeitslose Jugendliche. Und korrespondierend damit sind die Studierenden am stärksten zufrieden. Allerdings habe insbesondere bei dieser Gruppe die Zufriedenheit im Zeitverlauf etwas abgenommen, was wohl darauf zurückzuführen sei, so die Shell-Studie, das vor allem die Studenten ihre berufliche Zukunft heute etwas schlechter einschätzen als früher. Hinzu komme die Kritik an den Studienbedingungen nach der Bologna-Reform, die der Politik angelastet werden. Allerdings lässt sich auch feststellen, dass die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform davon nicht tangiert ist, sondern über die Jahre stabil geblieben ist. Ein weiteres bedeutsames Ergebnis der Shell-Studie ist, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund der Demokratie als Staatsform mit fast ebenso großem Anteil zustimmen wie die deutschen Jugendlichen.

### **3.3 Einflussfaktoren**

Was sind wichtige Einflussfaktoren auf demokratische Orientierungen (zum Folgenden vgl. auch Gaiser u.a. 2009)? Es erweist sich, dass Bildung nicht nur für das berufliche Fortkommen sowie für zukunftsorientierte persönliche Strategien von Bedeutung ist, sondern auch für die Ausbildung und

Stärkung demokratischer Orientierungen. Die allgemeinbildende Schule ist also auch zentrale Instanz der Hinführung zur Demokratie. Verbreitet ist die These, dass durch Verantwortungsübernahme in Vereinen und Verbänden eine deutliche Stärkung demokratischer Bürgertugenden erfolge, diese also gewissermaßen als „Schulen der Demokratie“ wirkten. Dies lässt sich durch unsere Daten in dieser prononcierten Weise nicht bestätigen (ebd.). Die Bedeutung von Vereinen und Verbänden liegt weniger darin, dass sie mit ihren Angeboten breite Grundlagen für demokratische Orientierungen schaffen, als vielmehr darin, Handlungsstrukturen für Beteiligung zur Verfügung zu stellen. Wichtig für demokratische Orientierungen sind zusätzlich politisch ausgerichtete oder zumindest politisch motivierende soziale Netze. Zudem sind positive staatsbürgerliche Orientierungen damit verbunden, dass die ökonomische und soziale Lebenssituation sowie die soziale Verortung in der Gesellschaft als zufriedenstellend angesehen wird und dass die damit gegebene soziale Lage es erlaubt, von einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung auszugehen und von einer Perspektive der Sicherheit für die Zukunft.

### 3.4 Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Das Thema Rechtsextremismus begleitet die Bundesrepublik seit ihren Anfängen in unterschiedlichsten Aspekten. Insbesondere seit den 1990er Jahren und den durch die Wiedervereinigung ausgelösten Transformationsprozess wird Rechtsextremismus in Deutschland vor allem als ein Jugendproblem wahrgenommen. In den Medien werden dementsprechend immer wieder jugendliche rechtsextreme Straf- und Gewalttaten thematisiert. Auch gewisse Wahlerfolge rechter Parteien, die insbesondere auf dem hohen Zuspruch von männlichen Jungwählern gründen, erreichen starke öffentliche Aufmerksamkeit. Im Folgenden sollen kursorisch einige zentrale Aspekte angesprochen werden, und für den Bereich Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein kurzer empirisch angereicherter Abriss gegeben werden – mit Hinweisen auf weitere Literatur zur vertieften Information.

Der Begriff des Rechtsextremismus umfasst unterschiedliche rechtsgerichtete und undemokratische gesellschaftliche Erscheinungsformen, die grundlegende Freiheits- und Gleichheitsrechte von Menschen in Frage stellen. Er bezieht sich auf Verhalten ebenso wie auf Einstellungen (vgl. z.B. Rieker 2006; Stöss 1999; Stöss 2010):

- Wahlverhalten zugunsten rechtsorientierter Parteien;
- rechtsextrem motivierte Gewalt- und Straftaten bzw. auch Protestaktionen;

- den organisierten Rechtsextremismus und die Zugehörigkeit zu solchen Gruppierungen;
- rechtsextreme Einstellungen.

Im Folgenden wird die Einstellungsebene in den Blick genommen, also rechtsextreme Orientierungen und insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen. Dabei zeigt sich, dass solche Einstellungen in mehr oder minder starkem Ausmaß in der gesamten Bevölkerung zu finden sind. Fremdenfeindliche Einstellungen können, wenn sie in starkem Ausmaße vorhanden sind, als akzeptanzfördernder Hintergrund von rechtsextremen Verhalten, wie gewaltorientierten rechtsextrem motivierten Aktionen, der Entwicklung rechter Gruppierungen oder als Nährboden für Wahlentscheidungen zugunsten rechter Parteien, wirken. Zu einem rechtsextremen Einstellungssyndrom werden mehrere Dimensionen gezählt, die erst zusammen eine konsistente rechtsextreme Haltung bilden (so die dominierende politologische Konzeption; vgl. z.B. Stöss 2010; Arzheimer 2005): Befürwortung von autoritären Regimen, chauvinistischer Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus bzw. Rassismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (vgl. Stöss 2010). Die einzelnen Dimensionen haben dabei jeweils ihren besonderen Stellenwert und oft auch eigenständige Ursachen.

Fremdenfeindliche Orientierungen verlieren bei jungen Menschen seit 1992 in unterschiedlichen Aspekten an Bedeutung. Die im DJI-Jugendsurvey und anderen Studien zur Bewertung vorgelegten Aussagen weisen auf eine einzige zu Grunde liegende Dimension hin. Junge Menschen, die fremdenfeindlich eingestellt sind, befürworten, dass Ausländer bei Arbeitsplatzmangel wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen; sie lehnen es ab, dass dies die gleichen Rechte wie Deutsche haben sollen, sie finden nicht, dass Ausländer unsere Kultur bereichern, und sie sagen eher, dass es am besten sei, wenn alle Ausländer Deutschland verlassen würden. Letztere Aussage hat allerdings die geringsten Zustimmungswerte. Der Rückgang der Zustimmung betrifft alle Aussagen gleichermaßen, auf jeweils unterschiedlichem Niveau. Allerdings ist zu allen Zeitpunkten eine höhere Fremdenfeindlichkeit der jungen Menschen in den neuen Bundesländern gegeben (vgl. Kleinert 2008).

Betrachtet man die Entwicklung von fremdenfeindlichen Orientierungen seit 1980 in der früheren Bundesrepublik bzw. in Westdeutschland in der Gesamtbevölkerung, so zeigt sich auch hier ein Rückgang, wobei ältere Altersgruppen jeweils ein höheres Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit aufweisen als jüngere (vgl. Rippl 2006).<sup>3</sup> Vergleicht man die verschiedenen

---

3 Fremdenfeindlichkeit wurde im ALLBUS mit einem Summenindex aus folgenden

Aspekte der im ALLBUS erfassten Ausländerfeindlichkeit, so fällt auf, dass die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger immer weniger als Bedrohung bzw. Konkurrenz erlebt werden im Hinblick auf knappe Arbeitsplätze, auf politische Betätigung oder auf den Heiratsmarkt. Dagegen steigt die Zustimmung zu der Forderung, dass die Ausländer sich in ihrem Lebensstil der Aufnahmegesellschaft besser anpassen sollten. Die wachsende Zustimmung zu dieser Forderung wird dabei zunehmend von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen (vgl. Terwey u. Scheuer 2007). Als zentrale Bestimmungsfaktoren, die fremdenfeindlichen Einstellungen entgegenwirken, lassen sich insgesamt festhalten: eine höhere Bildung, eine bessere sozio-ökonomische Situation und freundschaftliche Kontakte zu Zuwanderern (vgl. Kraus u. Preisendörfer 2013).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass rechtsextremes Verhalten nur bei einer Minderheit von jungen Menschen zu finden ist und hier insbesondere bei jungen Männern in den neuen Bundesländern. Fremdenfeindliche Einstellungen verlieren seit Beginn der 1990er Jahre an Bedeutung bei jungen Menschen, bleiben jedoch auf einem nicht völlig marginalen Niveau und sind generell in den neuen Bundesländern weiter verbreitet. Übereinstimmend mit dem Einstellungsprofil der Erwachsenen lässt sich in der Bundesrepublik eine Tendenz beobachten, dass Ausländer immer weniger als Bedrohung in Hinblick auf knappe Ressourcen, wie z.B. Wohnungs- und Arbeitsmarkt, erlebt werden und restriktive Forderungen gegenüber Ausländern immer weniger befürwortet werden, wie z.B. das Verbot politischer Beteiligung oder die Forderung, Ausländer sollten nur untereinander heiraten. Allerdings steigt die Erwartung der Deutschen in Hinblick auf die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer.

#### 4. Politische Partizipation

Handlungen der Bürger, welche auf politische Beteiligung abzielen, spielen eine zentrale Rolle in der Demokratie. Seit den 1970er Jahren hat sich das Partizipationsrepertoire in westlichen Demokratien stark erweitert. Neben die wahlbezogenen und parteibezogenen Aktivitäten sind Protestaktionen,

---

vier Items gebildet: 1. Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen. 2. Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. 3. Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen. 4. Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.